

10. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 23. November 2015

Die altbekannten und „treuen“ Demonstranten auf dem Rathausvorplatz empfingen die Mitglieder des Duisburger Stadtrates diesmal mit einem, auf den Stufen zum Rathaus niedergelegten Sarg, der die Aufschrift FOC trug. Dieser Anblick (*oder eventuell auch die niedrigen Temperaturen*) reduzierte nicht nur die Teilnehmerzahl, sondern auch die Lautstärke der Redner und Rasseln. Hinter der Rathhaustür war jedenfalls nichts von einer Demo zu hören.

Auf der ersten Etage, direkt vor dem Ratssaal standen allerdings sehr viele Mitarbeiter des **Immobilien-Managements Duisburg** (IMD) Spalier, die stumm Schilder hoch hielten und erfahren wollten, warum ihr Chef, **Betriebsleiter Uwe Rohde**, abberufen werden soll. Eine beeindruckende Geste, die Duisburg in dieser Form bisher nicht erlebt hat. Die Medien hatten Tage zuvor bereits berichtet, dass der Anstellungsvertrag des IMD-Chefs nicht verlängert und Ende 2016 beendet werden soll – allerdings ohne eine Begründung, was die vielen Mitarbeiter des IMD und viele Ratsmitglieder irritierte, denn bisher hatte es nie Kritik an der Arbeit des Betriebsleiters gegeben. Selbst in „informellen Hintergrundgesprächen“ konnte niemand erfahren, welcher Grund vorlag. Nur, dass die Verwaltung, bzw. der Oberbürgermeister vorschlug, den Arbeitsvertrag zu beenden und SPD und CDU bereits erklärt hatten, diesem Verwaltungsvorschlag folgen zu wollen.

So dringlich und interessant dieses Thema war, war es in der umfangreichen Tagesordnung erst an Position 92 (von 106) zu finden - zuzüglich 14 nichtöffentlichen Themen erwarteten die Ratsmitglieder insgesamt 120 Tagesordnungspunkte – plus 13, manchmal langatmige Haushaltsreden, à 10 Minuten. Die Anwesenden waren also mal wieder auf eine sehr lange Sitzung vorbereitet.

Die erste kleine Überraschung fanden die Ratsmitglieder als Vorlage auf ihren Tischen. CDU und SPD hatten einen gemeinsamen Antrag zur **kompletten Abschaffung der Baumschutzsatzung** formuliert. Das Thema stand zwar ohnehin als SPD/CDU-Antrag auf der Tagesordnung, jedoch sollte die Baumschutzsatzung demnach eigentlich nur geändert werden und zukünftig nicht mehr für private Hausbesitzer gelten. Der Wunsch der kompletten Abschaffung kam nun überraschend, war aber wohl Ergebnis von Beratungen mit dem Umweltdezernenten (Ralf Krumpholz, Grüne), der den beiden Fraktionen erklärt hatte, dass eine Änderung so nicht möglich wäre... Dieser Antrag kam auf die Tagesordnung an Position 107.

Vor Sitzungsbeginn teilte Oberbürgermeister Sören Link mit, dass sich seit der letzten Sitzung **eine neue Ratsgruppe** gebildet hat. Sie besteht aus der Vertreterin der NPD und einem älteren Ratsherrn, der 2014 über die Liste von ProNRW in den Rat eingezogen war. Die neue Gruppe nennt sich „NPD/Bürger für Duisburg“ - im folgenden nur NPD genannt.

Doch der Reihe nach: Zunächst gedachte der Stadtrat dem **verstorbenen SPD-Ratsherrn Friedel Prüßmann**, er war 31 Jahre (*7 Legislaturperioden!*) Mitglied des Duisburger Rates. Außerdem wurde eine Schweigeminute für die Opfer der **Terroranschläge in Paris** eingelegt. SPD-Ratsherr Heiko Blumenthal war vor einigen Wochen in den Beraterstab des Oberbürgermeisters gewechselt und hatte sein Ratsmandat niedergelegt, so dass unter Top 1 gleich **zwei neue SPD-Ratsherren** vereidigt werden mussten.

An Top 2 stand die „**Wahl einer Beigeordneten** für das Dezernat I und Bestellung zur Stadtkämmerin“. Der bisherige Kämmerer Dr. Peter Langner wird im Februar 2016 nach 16 Dienstjahren in den Ruhestand verabschiedet, daher wurde die Stelle im Oktober ausgeschrieben. Aus den wenigen -als qualifiziert eingestuften- Bewerbern wurde Frau Dr. Dörte Diemert ausgewählt. Sie beschäftigt sich seit ihrer Ausbildungszeit in unterschiedlichen Funktionen und Anstellungen mit kommunalen Finanzen und arbeitet derzeit beim Städtetag NRW und ist auch dort für kommunale Finanzen zuständig. Nach der üblichen „Vorstellungsrunde“ in den verschiedenen Fraktionen und Gruppen in den letzten Wochen zweifelte niemand mehr an der Qualifikation von Frau Dr. Diemert. Nur die Gruppe der Republikaner (REP) stimmte gegen die Wahl und die beiden Mitglieder der neuen NPD-Gruppe enthielten sich der Stimme. Das Frau Dr. Diemert nach eigenen Angaben parteilos ist, erleichterte vielen Gruppierungen des Stadtrates sicher die Wahl.

Dann folgten die **Haushaltsreden** zum eingebrachten Haushaltsplan 2016. Nach der Geschäftsordnung des Rates hat jedes Ratsmitglied das Recht eine Rede zum Haushalt zu halten, in der Regel sprechen aber nur die Vorsitzenden der Fraktionen und Gruppen. Aber auch die Einzelvertreter nehmen inzwischen ihr Recht wahr, so dass 13 verschiedene Reden zu erwarten (*und manchmal zu ertragen*) waren.

Der „Gruppenstärke“ nach eröffnete der **Fraktionsvorsitzende der SPD Herbert Mettler** den Reigen. Er beschrieb, dass dies der erste ausgeglichene Haushalt seit 23 Jahren wäre und dieser ganz ohne Kürzungen, Erhöhungen und Leistungseinschränkungen auskomme. Er betonte aber auch, dass der Stärkungspakt mit 53 Mio. Euro maßgeblich bei dieser Haushaltskonsolidierung geholfen hat. Er erklärte, dass „wir in den vergangenen Jahren unsere Hausaufgaben gemacht haben“ und deshalb nun auch kräftig investieren können, vor allem bei Schulen, Kindertagesstätten, Fernbusbahnhof, Bahnhofsvorplatz und im Sportbereich. Zu den zusätzlichen 73 Mio. Euro, die der Bund der Stadt Duisburg in den nächsten Jahren für Investitionen zur Verfügung stellt, sagte er: „Das ist es, was wir brauchen: frisches Geld!“ Und zum Thema Flüchtlinge erklärte er, dass die Stadt bald an einen Punkt komme, wo sie zwar weiter aufnehmen will, aber nicht mehr kann. Er forderte Bund und Land auf, alle anfallenden Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber zu erstatten. Zuletzt kritisierte er noch scharf die Bezirksregierung, weil diese sich extrem lange Zeit mit der Genehmigung des Haushalts für 2015 gelassen habe. Die Regierungspräsidentin habe sich über 16 Seiten lang mit dem 200-Mio.-Euro-Darlehn für die Stadtwerke beschäftigt aber kein einziges Wort zu Flüchtlingen geschrieben.

Dann folgte die Rede von **Rainer Enzweiler, dem CDU-Fraktionsvorsitzenden**. Er bezeichnete den vorliegenden Haushaltsplanentwurf „als konsequente Weiterentwicklung des Haushaltssanierungsplans - auf einem Weg, den die CDU mitgehen“ wolle. Ehrlicherweise erklärte er den Zuhörern, dass die „schwarze Null“ nur durch zusätzliches Geld von Bund und Land erreicht wurde, „aus eigener Kraft wäre das nicht möglich gewesen“. Vor einem Jahr war die CDU nicht bereit, einen Haushalt mitzutragen, der durch Steuererhöhungen geprägt war. Jetzt habe man eine neue Form der Zusammenarbeit mit der SPD gefunden und Duisburg würde „von dieser Zusammenarbeit der beiden Volksparteien profitieren“. Wie im letzten Jahr, prangerte er aber die vielen ungelösten Probleme bei den Bauprojekten und Planungen der Stadt an. Zuletzt erklärte er, dass die CDU dem Haushaltsplan für 2016 ohne Änderungen zustimmen werde. (*Vermutlich zum ersten mal in der Geschichte der Stadt*)

Die Fraktionsvorsitzende von Bündnis90/die Grünen Claudia Leiße begann ihre Rede „mit dem Märchen von den Nullen“, von unerfüllten Wünschen, Macht und Tatenlosigkeit. Sie kritisierte, dass die Duisburger GroKo den Haushalt heute beschließen wolle aber im zuständigen Haupt- und Finanzausschuss nicht einmal darüber diskutieren wollte.

Erwartungsgemäß erklärte sie den Anwesenden, warum ihre Fraktion im letzten Jahr den Haushalt durch Steuererhöhungen ermöglicht und dann auch zugestimmt hatte. Sie erläuterte, dass die zusätzlichen Einnahmen durch die Erhöhung der Grundsteuer B absprachegemäß für bestimmte Zwecke, wie z.B. den ÖPNV bereit gestellt werden sollten. Schon kurz nach dem Haushaltsbeschluss habe sich die SPD von diesen Versprechen gelöst und sich der CDU zugewandt. Weiter mutmaßte sie, welche Posten und Positionen noch von der GroKo erfunden und besetzt werden und empörte sie sich über die Baumfällungen vor dem Hauptbahnhof und die bevorstehende Abschaffung der Baumschutzsatzung. Weitere Ausführungen folgten zum Nahverkehrsplan sowie Sporthallen und Hallenbädern.

Den zweiten Teil der Redezeit füllte **Sait Keles von den Grünen**. Auch er klagte nochmal darüber dass der letzte Haushalt mit Hilfe von Grünen und Linken beschlossen wurde aber die SPD und der OB sofort danach alle Versprechungen gebrochen hätten. Langatmig erklärte er, warum die Grünen damals der Erhöhung der Grundsteuer B zugestimmt hatten.

Die **Fraktionsvorsitzende der Linken Martina Amman-Hilberath** erklärte dem Rat, dass auch die Linke dazu beigetragen hätte, dass nun ein rechnerisch ausgeglichener Haushalt vorliege und begründete dies mit der Erhöhung der Grundsteuer im letzten Jahr. Die Linke habe in den vergangenen Monaten zahlreiche Gespräche mit der Verwaltung und den Gewerkschaften geführt und sei zu dem Schluss gekommen, den vorliegenden Haushaltsentwurf nicht mittragen zu können. Weiter machte sie (*erwartbare*) Ausführungen zu Armut, Arbeitslosigkeit und Hartz IV und erklärte, dass es keine Flüchtlingskrise gäbe sondern eine „Krise der sozialen Gerechtigkeit“. Sie forderte für Duisburg weitere Fördermittel und beklagt, dass der Bund jetzt nur zusätzliche 73 Millionen Euro für Investitionen zur Verfügung stelle, da der Bedarf mit ca. 800 Millionen Euro zehnmal höher sei...

Es folgte **Stephan Krebs, der Vorsitzende der JuDU/DAL-Fraktion**. Er erläuterte einen von seiner Fraktion vorgelegten alternativen Haushaltsplan und kritisierte, dass die GroKo nun deutlich sichtbar zu Tage trete aber außer Personal-Rochaden bisher nichts zustande gebracht habe: „Keine Modernisierung, nur ein ´weiter so´ auf dem Rücken der Bürger“. Weiter erläuterte er, dass die Bezirksregierung nun Entscheidungen des Stadtrates fordere, in genau den Fällen, in denen JuDu/DAL bislang erfolglos Anträge gestellt hatten. Er wirft der GroKo Mutlosigkeit und Entscheidungsschwäche vor und fordert ein Stop der Gewerbesteuererhöhungsspirale. Die erforderlichen Hausaufgaben sollten „im eigenen Stall“ gemacht werden, anstatt immer nach Berlin zu rufen. Zum Schluss forderte er die behutsame Reduzierung der Stadtbezirke von 7 auf 4, unter Beibehaltung aller Bürgerservice-Stationen.

Die kürzeste Rede kam von **Karlheinz Hagenbuck für die PSL-Fraktion (*Piraten, Sozial-Gerecht-Unabhängig, Bürgerlich-Liberale*)**. Er wolle nicht „alles Gute und Richtige“ von Grünen und Linken wiederholen. Seine Fraktion hätte absichtlich keine Anträge zum Haushaltsplan eingereicht, da dies sinnlos gewesen wäre, denn die GroKo hätte diese ohnehin abgelehnt. Dieser Haushalt sei „frisirt“ und „schön geredet“. Einigen Teilen des Haushaltes könne er zustimmen, anderen nicht, daher wolle sich seine Fraktion der Stimme enthalten.

Anschließend rief der Oberbürgermeister **Mario Malonn von der Gruppe der Republikaner** auf. Da die Rednerliste sich nach der Größe der politischen Gruppierung richtete, war es wenig verständlich, warum der OB zuerst den Sprecher der REPs aufrief, anstatt z.B. der FDP, AfD oder der NPD, denn alle genannten Gruppen bestehen aus je 2 Mitgliedern. Große Teile des Stadtrates (*vor allem auf der politisch linken Seite*) verließen demonstrativ den Ratssaal. Der Redner las nervös vom Blatt ab und bemühte sich sichtlich darum, möglichst aggressiv zu wirken. Seine Rede bestand zum großen Teil aus Mutmaßungen und Andeutungen. Er provozierte mit Worten wie „Flucht-Simulanten“ oder „sogenannten Syrer“.

Es folgte die Rede von **Wilhelm F. Bies für die Freien Demokraten**. Leider warteten große Teile des Rates immer noch vor der Tür, zumal auch noch die Rede der NPD-Vertreterin bevorstand. Wilhelm Bies kam in einem großen Bogen über die nationale Flüchtlingspolitik zum städtischen Haushalt. Dies war angesichts der aktuellen Diskussionen aller Orts angebracht und erforderlich. Er prangerte das wochenlange unkoordinierte Verhalten der Bundesregierung an und geißelte die extremen Positionen, die sich zum Thema in beide Richtungen entwickelt haben. Er beendete diesen Redeteil mit der Feststellung, dass Duisburg keinesfalls auf derartige Großbelastungen vorbereitet war. Weiterhin fand er mahnende und warnende Worte zu den mangelhaften Umsetzungen beim Thema Inklusion, Stadtentwicklung und zur gemeinsamen Verkehrsgesellschaft VIA. Zu letzterem stellte er fest, dass „wir im übernächsten Jahr 50 Jahre erfolglose Versuche der kommunalen Zusammenarbeit im ÖPNV mit den umliegenden Städten“ feiern könnten.

Mit Blick auf die Haushaltsanträge der FDP erklärte er, dass beim Verkauf des Klinikums so lange gewartet wurde, bis der Wert um Millionen gesunken war und gleiches bei den RWE-Aktien zu erwarten sei. Und weiter: „Reformunfähigkeit, Dein Name ist SPD-Duisburg! Oder lassen Sie es mich mit einem wirklich großen Sozialdemokraten, Willy Brandt sagen: „Fortschreibung der Vergangenheit ergibt noch keine Zukunft!“ Aber auch die andere große Fraktion wurde wenig geschont: „Bleibt zu hoffen, dass der Fraktionsvorsitzende der CDU nicht als ´Folien-Rainer´ im Kabinett der Duisburger Abtrusitäten seinen Platz findet“. Applause für diese Rede gab es dennoch von Teilen der CDU und von JuDU/DAL. Die ganze Rede von Wilhelm Bies finden Sie auf der Homepage der Freien Demokraten Duisburg.

Der nächste auf der Rednerliste war **Alan Imamura von der Gruppe der AfD**. Er langweilte die Zuhörer mit Finanzprognosen zu bundesdeutschen und europäischen Themen und beklagte sich über die hohen Kosten für Flüchtlinge und Asylbewerber.

Es folgte **Melanie Händelkes von der NPD**. Nachdem sie mit ihren, immer noch etwas vorsichtigen provokanten Äußerungen im letzten Jahr nur wenig Reaktionen erzeugen konnte, hatte sie in diesem Jahr offenbar bewusst einige stärkere Worte in ihr Manuskript geschrieben. So sprach sie von „Zigeunerfamilien“ und dass sie es nicht einsehe, das deutsche Steuergelder für „fremde Invasoren“ ausgegeben werden. Zuletzt forderte sie, dass städtische Gelder ausschließlich für deutsche Angelegenheiten ausgegeben werden. Applause bekam sie am Ende demonstrativ von der ganzen „rechten Seite“.

Dann redete **Ratsherr Holger Lücht**, der im letzten Jahr zwar mit der AfD-Fraktion in den Rat eingezogen ist und auch immer noch AfD-Mitglied ist aber nicht mehr in einer Gemeinschaft mit den beiden anderen AfD-Ratsmitgliedern arbeitet. Er beklagte, dass der Haushaltsentwurf auf Wunsch von SPD und CDU in keinem der städtischen Ausschüsse beraten wurde. Ansonsten las er unter Zeitdruck seinen viel zu langen Text und versuchte weltpolitische Zusammenhänge zu erläutern, indem er eine finanzpolitische US-Senatorin zitierte.

Zuletzt trat **Ratsherr Wolfgang Bißling** ans Rednerpult. Er war im letzten Jahr über die Liste von ProNRW in den Rat eingezogen und hatte sich schon bald mit den anderen Fraktionsmitgliedern überworfen. Seitdem sitzt er partei- und fraktionslos im Stadtrat. Da der OB schon vor seiner Rede die anschließende Pause angekündigt hatte, verließen schon zu Beginn des Redebeitrags sehr viele Ratsmitglieder des Sitzungssaal und die wenigen Zuhörer, die aus Höflichkeit blieben, schenken dem Redner nur wenig Aufmerksamkeit.

Die Pause erfolgte nach Tagesordnungspunkt 3(!) um 17:45 Uhr... Nach der Pause wurden die Beratungen und Abstimmungen zum Haushaltsplan für 2016 fortgesetzt, allerdings in einem deutlich schnellerem Tempo.

Die 3 **Haushaltsanträge der FDP** zum Verkauf der städtischen Stadtwerke-Anteile und der RWE-Aktien, sowie zu einer privaten Beteiligung an der DVG waren in diesem Jahr so formuliert, dass jeweils (nur) eine Prüfung zum angestrebten Ziel stattfinden sollte. Aber selbst diese völlig unverbindlichen Prüfaufträge wurden kommentarlos von der breiten Ratsmehrheit abgelehnt. Nur die PSL, sowie die Ratsherren Bißling und Lücht stimmten in allen Fällen mit den Freien Demokraten, JuDU/DAL (nur) beim Thema DVG. Genauso erging es den **Haushaltsanträgen von JuDU/DAL und den Grünen**. Danach folgten zahlreiche Abstimmungen zu den haushaltsrelevanten Beschlüssen der Ausschüsse und der Bezirksvertretungen, sowie zur endgültigen Haushaltssatzung und zum Stellenplan für 2016.

An Top 22 und 23 beschloss der Rat einstimmig alle Maßnahmen, die mit der **Investitions-offensive des Bundes i.H.v. 73,03 Mio. €** durchgeführt werden sollen. Wie in jeder Ratsitzung üblich, folgten zahlreiche Jahresabschlüsse und **Wirtschaftspläne städtischer Gesellschaften** und **Bebauungspläne** im gesamten Stadtgebiet.

Die 9 Mitglieder des **Aufsichtsrates von „Duisburg-Marketing“** wurden abberufen, da die Gesellschaft größtenteils aufgelöst wird. 8 davon wurden später wieder in den neu zu gründenden **Beirat der „Duisburg-Kontor“** (ehem. FrischeKontor) gewählt. Nur die bisherige PSL-Vertreterin bekam diesmal nicht genug Stimmen. In früheren Jahren war es selbstverständlich, dass abberufene Aufsichtsratsmitglieder wieder in ein neues Gremium gewählt werden und jede Fraktion wieder genauso viele Personen entsenden darf, wie zuvor. Dieses alte „ungeschriebene Gesetz“ gilt in diesem neuen Stadtrat nicht mehr.

Im weiteren Verlauf der Sitzung stimmten die Freien Demokraten u.a. gegen einen erneuten **Zuschuss für den Revierpark Mattlerbusch** (*der 2. in diesem Jahr*). Die Gesellschaft soll mit anderen „Revierparks“ in eine Dachgesellschaft des RVR überführt werden. Zur Zeit ist aber nicht erkennbar, dass es dabei zu Einsparungen kommt, zunächst sollte es nun noch deutlich teurer werden, wogegen sich aber nur die FDP und JuDU/DAL aussprachen.

Weitere Themen dieser Sitzung waren die **Entgeltordnung der Musikschule**, die **Seniorenplanung**, die Rückerstattung von Elternbeiträgen für die **Streiktage in Kindergärten**, Mehraufwendungen im **Jugendamt** i.H.v. 68 Mio. € (*die vom Kämmerer schlichtweg zu niedrig angesetzt wurden*), der Bau des neuen **Fernbusbahnhofes**, **Auflösung einer Förderschule** sowie zahlreiche **Gebührenordnungen für Müll und Wassernutzungen** in 2016.

Nachdem der Rat mit den Stimmen von SPD und CDU beschlossen hatte, einen weiteren **neuen Geschäftsführerposten beim städtischen Immobilien-Management (IMD)** einzurichten (*der mutmaßlich an einen CDU-Ratsherrn gehen soll*), sollte der Anstellungsvertrag des bisherigen Geschäftsführers Uwe Rohde zum Ende des nächsten Jahres gekündigt werden. Der zuständige Dezernent Carsten Tum erklärte auf Nachfrage, dass die Stadt „als Kunde des IMD“ häufig unzufrieden war, ohne dies näher zu erläutern. CDU und SPD äußerten sich nicht zum Thema. Auf Antrag der kleineren Fraktionen erfolgte eine geheime Abstimmung, die aber erwartungsgemäß am Endergebnis nichts änderte, obwohl 11 Ratsmitglieder der beiden großen Fraktionen für Herrn Rohde gestimmt haben müssen.

Weitere Streit- und Diskussionspunkte waren das **FOC** (*baldiges Ende der Pläne*), eine **Resolution zu Flüchtlingen** und die **Abschaffung der Baumschutzsatzung**, wogegen die Grünen zwar pflichtgemäß aber erfolglos protestierten. Die FDP stimmte gerne zu, hatte sie doch bereits im Jahre 2009 einen Antrag zu Abschaffung der Baumschutzsatzung gestellt.

Um 21:42 Uhr schloss Oberbürgermeister Sören Link die öffentliche Ratssitzung und eröffnete den nichtöffentlichen Sitzungsteil, der nach 25 Minuten auch beendet war.